

Bezugspreis:

Einzelheft 10.-, Monat 10.-, 3 Monate 28.-, 6 Monate 52.-, 1 Jahr 100.-

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 3. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Grenzfestlegung in Schleswig.

Dem Vorstehenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ist von dem französischen Ministerpräsidenten Herr Millerand am 31. Mai eine Note, betreffend die Grenzfestlegung in Schleswig und den Übergang der in Frage kommenden nord-schleswigschen Gebiete zugestellt worden.

ständig lahmgelegt. ... Rollende die Fischereifragen im Kleinen Welt und in der Ostsee bedürfen einer Neuordnung.

Französische Wühlereien.

Der Kapitän der französischen Mission für Oesterreich P. G. P. ne, der sich für die Anschlussbewegung Oesterreichs an Deutschland besonders stark interessiert, hat in einer Unterredung mit dem Vorstand der deutschen sozialistischen Partei, Prof. Karl Wagner, Gesichtspunkte geäußert, die verdienen, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Kraffins Mission.

Amsterdam, 2. Juni. „Daily Mail“ schreibt, eine sehr zuverlässige Persönlichkeit habe sich gestern dahin geäußert, Kraffin habe den Auftrag, in England auf alle Fälle und um jeden Preis die Lieferung von Eisenbahnmateriale, landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen abzusichern.

Die Haltung der Alliierten.

London, 2. Juni. Krayer erzählt: Retiree der anderen Alliierten haben neben denen von Großbritannien an allen Verhandlungen mit Kraffin teilgenommen.

Wahlen und Lebensmittelpreise.

Von Rudolf Wissell.

Mit einer beispiellosen Heuchelei bestreiten die Rechtsparteien die geistigen Kosten des Wahlkampfes. In der Provinzpresse wollen sie allen Ernstes die Wähler glauben machen, daß billiges Brot nur das Ergebnis freier Wirtschaft sein könne.

Die innere Unehrlichkeit einer solchen Erklärung der heutigen hohen Brotpreise wird nur von der Schamlosigkeit übertriften, mit der der Versuch des Stimmengewinns, mit dem Streben nach eigenem Vorteil verbunden ist.

Unsere Ernte reicht schon im Frieden nicht aus, unser Volk zu ernähren. Wir müßten ein Siebentel bis ein Sechstel des Nahrungsbedarfs einführen. Heute sind unsere Weizen im Durchschnitt um 30 vom Hundert weniger ertragsreich wie vor dem Kriege.

So werden durch Verschwendung von Taktiken — des ausländischen Getreidebezuges und die hohen Kosten desselben —, die mitzuteilen der elementarste politische Aufwand gebieten müßte, Stimmung bei den Wählern zu machen und der eigenen Profitgier zu dienen versucht.

Gerade die Politik der Rechtsparteien, die da Hand in Hand mit den Demokraten gingen, hat die ungeheure Preissteigerung bewirkt, die wir erleben müssen.

Die Gefahr einer reinen Rechtsmehrheit ist, wie gelobt, nicht vorhanden. Desto größer aber ist die Gefahr, daß der verstärkte Einfluß der Großgrundbesitzer und des Industriekapitals in die bürgerlichen Mittelparteien hinüberwirkt.

Der „Vorwärts“ hat jüngst ein deutschnationales Geheim schreiben veröffentlicht, das den Großgrundbesitzern die Vergabe von Geldern an die deutschnationale Volkspartei als gute Kapitalanlage empfiehlt.

Rechtfertigung der Koalitionspolitik.

Eine Rede Otto Bauers.

Die Unabhängigen führen ihren Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit der Behauptung, daß die Koalition mit bürgerlichen Parteien ein Verrat an den sozialistischen Grundfragen sei.

Die Koalition befindet sich im Augenblick in einer sehr schweren Krise wegen der Unmöglichkeit der bestehenden Klassen in der Frage der Vermögensfrage und auch wegen der Frage des Aufstehens der Koalition. Unsere Partei ist entschlossen, sich einem Diktat der Gegner nicht zu fügen.

mittiert und verunreinigt, als etwas, was wir prinzipiell für alle Orte und alle Zeiten ablehnen müssen, hingestellt wird; das ist eine Auffassung, vor der ich warnen möchte.

Auch für die deutsche Sozialdemokratie war die Koalition nur ein taktischer Notbehelf, um zu verhindern, „daß das Proletariat auch das verliere, was es hat“.

„Die Arbeiter und der Völkerverbund“ lautet das Thema, über das Graf Harnack morgen, Freitag, abends 10 Uhr, in den Prachtstuden des Reichens, Spichernstr. 8, für die Deutsche Friedensgesellschaft und den Bund „Neues Vaterland“ in öffentlicher Versammlung sprechen wird.

kann — mehr als er hat, und das Bestehende muß er dann von der Kraft und Gesundheit seiner Familie zusehen.

Seine Wirtschaftspolitik, die von der Wiederherstellung der ungebundenen Wirtschaft schwindelhaft eine Verbilligung der Lebensmittel verspricht, dient den Interessen einer kleinen Minderheit, nicht denen der breiten Volksmassen. Wer verhindern will, daß die Ausplünderung des Volkes auf die Spitze getrieben wird, der wählt am 6. Juni sozialdemokratisch!

Die Zukunft der Sicherheitspolizeibeamten.

Im Reichsministerium des Innern besteht die Absicht, den Sicherheitspolizeibeamten nach einer Reihe von Dienstjahren den Übertritt in die Beamtenlaufbahn sicherzustellen. Die Verhandlungen mit den Landesregierungen sind noch nicht abgeschlossen und werden erst endgültig zum Abschluß gebracht werden können, wenn auf Grund der Verhandlungen mit der Genußsteuer über die gesamte Frage der Sicherheitspolizei völlige Klarheit geschaffen ist.

Rundgebung für den Reichspräsidenten.

In einer Sitzung des Führer der Sicherheitspolizei Preußens im Ministerium des Innern hat Geheimrat v. Priesdorff, der Chef der Sicherheitspolizei Preußens, im Namen aller Führer dem Minister Seevering folgende Erklärung abgegeben:

„Die Sicherheitspolizei steht fest hinter der vom Volke eingeleiteten verfassungsmäßigen Regierung. Mögen von rechts oder von links Angriffe gegen die Regierung erfolgen: für die Sicherheitspolizei ist der ruhende Pol in der Erscheinung der Reichspräsidenten. Wir müssen endlich zur Ruhe kommen! Unser armes Vaterland kann sich nur wieder erholen, wenn der Wiederaufbau des gesamten wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens ohne Störungen durch Aufstände von rechts oder links erfolgen kann. Jeden Putsch wird die Sicherheitspolizei rücksichtslos unterdrücken! Die Sicherheitspolizei ist sich ihrer großen Aufgabe bewußt und wird in den kommenden Wochen beweisen, daß sie des Vertrauens der Regierung würdig ist.“

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hielt heute auf der Tagung des Wirtschaftsrates beim Reichswirtschaftsministerium eine groß angelegte Rede über die Entstehung der jetzigen Wirtschaftskrise, in der eine Gefundungserscheinung zu sehen ist. Er hob die gewaltig gewachsene Macht Amerikas und Englands hervor und wies auf die Gefahren der Weltvertrugung in die Deutschland bereits mit hineingezogen sei. Bezüglich der herrschenden Arbeitslosigkeit machte der Minister Ausführungen, zu denen wir ausführlich Stellung nehmen werden. Schmidt sagte, daß, wenn wir von politischen Erschütterungen bewahrt bleiben, die deutsche Wirtschaft durch die Krisis hindurch zur Wiedererzählung kommen wird.

Sürsorge — für wen?

Gegen Kriegsschädigte — für Preussens König!

Die Deutsche Volkspartei gibt vor, die Partei des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues in Deutschland zu sein, sie gibt an dafür einzutreten zu wollen, daß auch die Wiederbemittelten in den Genus ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte gelangen, daß die Steuern gerecht verteilt würden, daß allen Erwerbstätigen eine gesicherte Existenz geschaffen, ferner, daß die gesamte Nation einem gewissen Wohlstand entgegengeführt würde und daß nur die Sozialdemokratie all dies Schöne und Gute bisher verhindert habe. Auch die Namen der aufgestellten Kandidaten sollen durch deren bisherige Tätigkeit beweisen, daß nichts vorgeläuscht, sondern daß die deutsche Volkspartei sich wirklich für alle bisher Armen und Entbehrten einsetzen und ihrem ehernen Rechte zum Durchbruch verhelfen wolle.

Am Breslauer Wahlkreise hat man als Stangenreiter den Herrn von Rheinbaben, gewesenen preussischen Finanzminister, der im Jahre 1910 in dieser Eigenschaft im Auftrage der preussischen Regierung dem preussischen Abgeordnetenhaus die Erhöhung der preussischen Zibilliste für den preussischen König um 3 1/2 Millionen

Mark zu begründen hatte, ausserlesen. Diese Erhöhung wurde auch von dem preussischen Abgeordnetenhaus genehmigt, trotzdem sie eine ungeheure Erbitterung im preussischen Volke auslöste — und hatte das preussische Volk nunmehr rund 10 1/2 Millionen gegen bisher 16 Millionen für das Vergnügen zu zahlen, daß es sich einen preussischen König leistete. Die Liebesgabe an die Krone begründete Herr Finanzminister Rheinbaben nun damit, daß er die Hebung der Lage der Arbeiterklasse ins Gesicht führte. Wenn die Arbeiter in den letzten Jahren so erhebliche Lohnzulagen zu verzeichnen gehabt hätten, könne man doch auch der Krone die kleine „Lohnausbesserung“ von 3 1/2 Millionen gönnen. Der preussische Finanzminister bewies also ein sonderbares Empfinden, die Jahresarbeiterlöhne in einen Vergleich zu bringen mit dem „Lohn“, den die Krone in Preußen bezog.

Der „Vorwärts“ schrieb deshalb am 8. Juni 1910 hierzu: „Herr Rheinbaben brachte es fertig, dies armselige Proletariatsinkommen, das heutzutage gerade vor dem Zerhagern schmilzt, zu vergleichen mit der Krondotation, die heute schon für eine Familie annähernd 16 Millionen Mark beträgt. Er wagte dies, trotzdem die Krone schon heute vom Staate an einem Tage mehr erhält, als zahllose Arbeiter in 40 Jahren sauren Schaffens verdienen.“

Daß eine derartige Geldbewilligung an das Haupt der Hohenzollern ein Verbrechen am preussischen Volke war, beweist die Tatsache, daß die Hohenzollern im Laufe mehrerer Jahrhunderte — wie alle Raubritter — derartige Güter und Reichtümer zusammengegräbt hatten, daß dieselben schon fast unübersehbar geworden waren. Die neue Liebesgabe war damals selbst der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Organ der Schwerindustrie, zuviel. Diese schrieb deshalb am 7. Juni 1910:

„Der Regierung ist es genau so wie uns bekannt, daß das preussische Volk heute bereits eine um Millionen größere Summe für die Krone aufbringt, als etwa das vollstärkere Oesterreich oder England oder Rußland. Die Regierung hat ferner selbst das Motiv der Sparjamkeit in allen Tonarten erklingen lassen, damit in den nächsten Jahren nicht noch schwerere Steuerlasten auf den Rücken des Volkes aufgebürdet zu werden brauchen. Sie hat es zudem erst vor ein paar Wochen zu allgemeinem Verwundern trotz der Bewilligungsfreudigkeit aller Parteien abgelehnt, den Geldentzöhen von 1870—71, die heute sich und vergrößern in empfindlicher Weise ihr Leben fristen, die gedachte Beihilfe zu gewähren, mit der Begründung, daß sie nicht wisse, woher sie die Deckung nehmen solle.“

Hier sieht man also, wie in der Vergangenheit von solchen Vertretern, die jetzt den Mund nicht voll genug nehmen können und auch von der früheren Regierung „aufgebaut“ wurde. 40 Jahre lang nach dem Kriege von 1870—71 waren die damaligen Kriegskrieger mit der Leier von Dorf zu Dorf gezogen, um sich ihren Lebensunterhalt zu erbetteln. Als ihnen eine Beihilfe gewährt werden sollte, ließ die Regierung erklären, sie wisse nicht, woher sie die Deckung nehmen solle, aber um dem preussischen Monarchen zu seinem Reichthum noch 3 1/2 Millionen mehr in den Taschen zu werfen, dazu war Geld da, das bewilligten die bürgerlichen Aufbauparteien. Das mögen sich besonders unsere jetzigen Kriegsschädigten merken, deren Versorgung auch heute noch verbesserungsbedürftig ist, für die aber der Staat — trotz wahnsinniger Verschuldung durch den Krieg, trotz der das wirtschaftliche Leben und den Aufbau zur Wäute einengenden Friedensbedingungen — schon ganz anders angefangen hat zu sorgen.

Wer also am Aufbau unseres Wirtschaftslebens mitarbeiten will, wem der Wohlstand und die Menschenrechte des gesamten deutschen Volkes — nicht nur einer kleinen bisher bevorrechtigten Klasse — am Herzen liegen, der laun nicht Deutsche Volkspartei oder der mit ihr verflochten und verschwägerten Deutschnationalen Volkspartei seine Stimme geben, sondern der gehe hin und wähle die einzig wahre Volkspartei, der gebe seine Stimme und werde für

die Liste der deutschen Sozialdemokratie.

Wahlstimmung im Reiche.

Riesentundgebung für die Sozialdemokratie.

Magdeburg, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Wahlkampf erreicht am Mittwoch in einer gewaltigen Kundgebung für die Sozialdemokratie ihren kaum übererreichbaren Höhepunkt. Nachdem vor wenigen Tagen erst der neue Spitzenkandidat unserer Partei, Reichswehrminister Gustav Bauer, in einer Riesensammlung sich den Magdeburger Wählern vorgestellt hatte, war am Mittwochabend der langjährige Magdeburger Abgeordnete, jetzige deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Genosse Landsberg, zu einer Versammlung erschienen. Man hatte den größten Saal der Stadt, den Birkus, zu dieser Massenversammlung gewählt, aber der Andrang war so gewaltig, daß nicht weniger als drei Parallelversammlungen veranstaltet werden mußten. Eine Schulaula, eine Turnhalle und auch der Schulhof wurden zu Hilfe genommen und waren bald ebenfalls überfüllt. Landsberg, der in seinem Hauptvortrag auf Grund umfassender Spezialkenntnis eine furchtbare Abrechnung mit dem deutschen Kriegspolitik und ihren Trägern, den Deutschnationalen und den Stresemännern hielt, mußte in allen drei Versammlungen sprechen. Einen unabhängigen Arzt, der als Diskussionsredner die dümmsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie vorbrachte, wurde heimgelendet. Im ganzen zeigte die Veranstaltung auf neue, welche frohe Wahlstimmung bei den Genossen vorhanden ist. Eine am Tage zuvor von den Unabhängigen veranstaltete Versammlung, in der ihr Spitzenkandidat Brandes sprach, verlief dagegen, an Besucherzahl und geistigem Inhalt gemessen, recht trübselig.

Geschäft ist Geschäft.

Ein Angebot der „Freiheit“.

Die Leser der „unabhängigen“ Presse sind sich nunmehr völlig einig, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft „an den Kapitalismus verriet“ habe, daß sie lediglich „zum Goldknecht des Kapitalismus herabgesunken“ sei und was derartige schöne Sachen mehr sind. Dagegen ist und bleibt der Unabhängige insbesondere die „Freiheit“, grimmigster „Todfeind des Kapitalismus“.

Wenigstens im redaktionellen Teil. Im geschäftlichen Teil, wo doch auch logischerweise wachende U.S.-Richten sitzen müssen, sieht man die Welt anders an. Dort verschickt man Zirkulare an kapitalistische Unternehmer, in denen Anzeigen erbeten werden. In solchem Zirkular finden sich Sätze wie die folgenden:

„Die Dinge heute stehen, darf man wohl ohne weiteres sagen, daß es einen großen tatsächlichen Fehler bedeuten würde, wenn Sie ohne Rücksicht darauf, welcher Partei Sie angehören, die Gelegenheit dieses freien Annehmens der „Freiheit“ nicht benutzen würden, um Ihre Firma mit Hilfe der „Freiheit“ in den weitesten Kreisen bekanntzumachen. Einige richtige Anzeigen während der Wahlkampagne in der „Freiheit“ bedeuten für die Popularisierung Ihrer Firma und für neue Geschäftsverbindungen vielleicht mehr als laufende Anzeigen in anderen Zeitungen während eines halben oder ganzen Jahres. Vom rein geschäftlichen Standpunkt ist es wohl das Richtige, mit der Insertion in der „Freiheit“ schnell zu beginnen.“

Wir wollen von dem „forten Anwachsen“ der „Freiheit“ schweigen, trotzdem wir allen Grund haben, davon zu zweifeln. Was uns interessiert ist die Tatsache, daß das selbe Blatt, das der Sozialdemokratie vorne vorwirft, sie habe noch nicht schnell genug sozialisiert und den Kapitalismus beseitigt, hinten herum die kapitalistischen Unternehmungen bei den Lesern der „Freiheit“ „popularisieren“, können also neue Abjah- und Profitmöglichkeiten schaffen will.

Worte und Taten sind zweierlei, und Friedrich Engels hatte schon recht, als er davon sprach, daß man den Parteien „mehr auf die Häute als aufs Maul“ sehen müsse. Es ist auch leicht auszumachen, wie die kapitalistischen Unternehmer sich freuen gerade von der unentwegten „Freiheit“ ein solches Angebot zur Förderung ihrer Interessen zu bekommen.

Der Frontbund hat, wie uns gemeldet wird, trotz des Verbots des Reichswehrministeriums am Mittwoch in Potsdam, Französische Straße 18, eine neue Tagung abgehalten, an der 30—35 Vertreter, unter ihnen ein Hauptmann der Reichswehrbrigade 8, teilnahmen.

Helden.

Von P. Haupt.

Nach der Versammlung hatte sich im Honoratiorenkreise des Doerghofes der Führer der kleinen Reichswehrabteilung, die noch von den Generalkriegsagen her auf dem Wronnollenshöfchen lag, zu uns gesellt. Man merkte ihm an, daß er sich in seiner Haut nicht wohlfühlte, daß ihn etwas bedrückte. Vielleicht war es auch nur die Machtlosigkeit Deutschlands, die ihn als Monarchisten und Aristokraten mehr quälte als andere Menschen. Schließlich aber, nachdem wir Rang und Breites besprochen, rückte er mit seiner großen Sorge heraus.

„Was sollen wir, ich zum Beispiel, beginnen, wenn die Reichswehr nun vermindert und wir entlassen werden? Vermögen haben wir nicht, was sollen wir denn leben?“

„Wir haben einander an; das Problem schien uns ziemlich leicht zu lösen.“

„Na, Herr Oberleutnant, Sie werden doch überall Beschäftigung finden. Es gibt doch soviel ehemalige Offiziere unter den Kaufleuten und so?“

Der Herr Oberleutnant wurde erregt:

„Wissen Sie aber, was für ein Hungerleben die Herren führen? Gelernte Kaufleute sind sie nicht, also kann man sie für besser bezahlte Stellungen nicht gebrauchen; so hungern sie sich mit einem Sechsergehalt durch. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel — oh, ich das nie, schieße ich mir lieber eine Kugel durch den Kopf.“

Auf seinem Gesicht konnte man lesen, daß es ihm ernst mit seinen Worten war, las man Trauen und Elend vor dem Leben der Armut, dem Leben der täglichen Arbeit, des täglichen Lebens.

An diesen Herren und seine Worte und das G. A. I. auf seiner Brust mußte ich denken, als ich mit einem alten Parteigenossen des Dorfes durch die Mainacht dem Bahnhof zuschritt. Wir gingen an einem düstern Baum entlang, jenseits dessen ein eifensiedriger Einfahrtsturm sich am Nachthimmel abzeichnete. Geruch und Staub von Räder und Maschinen trug ein fahles Mainachtlichtchen von dort zu uns herüber; wenn es aber einfließ, drangen von der anderen Seite des Weges die würzigen Dämpfe blühender Sträucher und Blumen zu uns. Kaum ein Laut in der Nacht als das dumpfe, stöhnende Köhnen der Saugpumpen im Werk und von irgendwoher das Gurgeln des Wassers, das sie aus den Schächten herauszogen, zu fruchtbarender Bewässerung in die Wiesen stießen. Näher und näher kam das Rauschen, schließlich fanden wir auf einer kleinen eisernen Brücke, unter der das Wasser dahinschob. Da redete mein Begleiter:

„Da rein wollten sie uns werfen, die Gelben, damals, als wir, so um 90 rum, mit der Agitation für unsern Verband hier an-

fingen. Als ich hierher kam, nun vor 20 Jahren, gehörte das Werk einem Grafen, Kammerherrn am fürstlichen Hofe, und die Bergleute gehörten fast alle einem von ihm als Ehrenvorsitzenden geleiteten „Verband“ an. Am Geburtstag des Fürsten konnten sie sich auf dessen Kosten vollraufen. Dafür sollten sie uns auch mal ersaufen. Am Stoff natürlich. Aber wir merkten was los war. Gerannt sind wir, der andere ist schon tot hier wie toll und die immer hinter uns. Sechs Wochen war ich verheiratet und meine Frau weinte sich die Augen aus, als ich die Nacht nicht nach Hause kam, weil sie vor der Haustür lauerten.“

„Ja, freilich, meiner Frau wäre es lieber gewesen, ich hätte den ungleichen Kampf aufgegeben. Aber das konnte ich nicht. Und schließlich kamen sie fast alle — bis auf die Polen. Die ledern noch heute dem Pfaffen Hand und Fuß — sonst aber wollen sie die radikalsten Kommunisten sein.“

Wir gingen weiter; er schwieg. Ich war ergriffen von den einfachen Worten, mit denen er den großen harten Kampf, den er so unentwegt zäh durchgeschritten hatte, schilderte. Das trübselige Stimm der Pumpen erweckte neue Erinnerungen in ihm:

„Die Pumpen wollten sie uns vorigen Sommer abstellen, weil wir nicht mitkriechen für die Käsefabrik. Als ich in der Versammlung damals erklärte, daß wir S.-P.-D.-Leute ihren verrückten Streik nicht mitmachten, daß losenbewußter Arbeiter sein nicht hieß, jeden Quatsch, den ein paar grüne Schreier anzetteln, mitzumachen, wollten sie mich unterhalten von der Rednertribüne. Da durfte ich nicht wieder nicht allein auf die Straße gehen, meine Entlassung haben sie verlangt.“

Dann, als der Bahnhof in Sicht kam, nur doch das eine Wort, wie selbstverständlich, festsagend: „Wenn sie auch jetzt die Freiheit haben, auf die Straße habe ich schon mal gelegen, unterkriegen tun sie mich nicht.“

Ich dachte an den Oberleutnant mit dem G. A. I. der die Platte ins Korn warf, aus Angst vor dem unsicheren Brot, und ich dachte an die Wiesen, die, wie mein Begleiter, ohne G. A. I., namenlos gekämpft hatten ihr Leben lang, nicht müde geworden waren, und ich dachte:

Solange die Arbeiterbewegung solche Männer hat, geht sie nicht unter!

Kommerspiel: „Taisun“ von Bengel. Unter der Hochhut von Schwänken, mit denen am 1. Juni die Berliner Sommerspiele einsetzte, nimmt sich das Experiment der Gladiolischen Sommerdirektion, auf des in der Vorkriegszeit viel gespielte Japanerdrama zurückzugreifen, noch halbwegs literarisch aus. Von den ungarischen Autoren, die die Art der weiland hochberühmten Sardouischen Romöde zu erneuern suchten, ist Bengel wohl der erfolgreichste. Mit spielender Jonglierkunst treibt er es zu Verwidlungen, die im Moment spannen, ja bei flüchtigem Hinschauen hier und da sogar

den Schein von feilschen Konflikten vortäuschen. Doch das Interesse läßt sich dann nur allzu rasch in ängstliche Empfindung des Däpferfeins auf. Den Japanern wird eine besonders entwickelte Dreifalt nationalstischen Stoppgeistes (von Bewunderern wohl auch Patriotismus genannt) nachgesagt. Auf dieser Voraussetzung beruht der Fall des Stückes. Ein im Auftrag des Mikado nach Paris gesandter japanischer Doktor hat das Malheur, seine französische Bekannte bei einem Streite zu erwürgen, und zwar, bevor er seine hochgelehrte Abhandlung zum Heil des Vaterlandes beendigen konnte! Er teilt das den japanischen Freunden mit. Man ist untröstlich, daß das Gesangs- und Schauspiel seiner Arbeit unterbrochen soll. Es wird der „berühmte“ Entschluß gefaßt, daß an seiner Statt irgendein unbedeutendes Studentlein die Strafe abzuführen habe. Die jungen Leute reifen sich förmlich um die Ohren. Und diese vorüberflücht anmutende Verrenkung wird taglich fortgesetzt, soll vom Zuschauer ernst genommen werden! Das gibt im dritten Akt eine raffiniert auf den Effekt berechnete Gerichtsverhandlung, und dann im letzten Akt ein melodramatisches Sterben des Schuldigen an gebrochenem Herzen, der aber Gott sei Dank noch seine Arbeit fertig bringt.

Herr Lupo Vid als Doktor Tokeramo brachte in Aussehen, Sprache und Haltung das japanische Malerit reservierter Östlichkeit und nächsteren Verständnisses prägnant zum Ausdruck, geschickt von einigen Figuren des Freundeskreises unterstützt. Margarete Schabert traf gut die Wirkung leichtfüßiger Koketterie und hysterischer Exaltation in der Gestalt des Mädchens. Die beiden Europäer, der eifrig für Japan schwärmende Akademikerprofessor und der erfahrene Bohemienliterat waren durch die Herren Lisch und Vallentin höchst amüsant verteten.

Geburtshilfliche Lehrfilme wurden am letzten Tage des Gynäkologenkongresses in Berlin vorgeführt. Lebhafte Beifall erntete ein von der Universität-Wilm.-S. gemeinsam mit der Charité-Frauenklinik hergestellter Film, der einen Kaiserschnitt veranschaulicht. Große Geltung verleihten sich auch die überleitenden Aufnahmen aus der Münchener Frauenklinik, hergestellt von der Firma Minerva in München. Es handelt sich um schematische Rechenfilme, die sonst unanschauliche innere Bewegungsabläufe während der Geburt darstellen. Sie sind von Kunstmalern mit Hunderten von Einzelzeichnungen unter genauer wissenschaftlicher Kontrolle hergestellt. Es ist anzunehmen, daß diese Erfolge der Einführung der Lehrfilme in die Kliniken und Hörsäle Bahn brechen werden.

Eine Millionenspendung. In der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wurde mitgeteilt, daß Dr. Anshütz-Kömpfe der Naturwissenschaftlichen Anstalt eine Million Mark überwiesen hat.

Gegen die Publizitätssteuer protestierte die Hauptversammlung des Verbandes der sonstigen Verleger Deutschlands. Vom Reichsministerium, Siedel und den Magistraten und Steuerbehörden der Städte wurde eine Revision der Bestimmungen über die Publizitätssteuer unter Zugabe von Nachträgen gefordert.

Die Dozentur für Modellieren in der Abteilung für Architektur an der Berliner Technischen Hochschule wurde dem Bildhauer Prof. Raab in Zustimmung übertragen.

Reaktion überall!

Rundgebung des deutschösterreichischen Proletariats.

Wien, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Schluß seiner Tagung hat der Reichsarbeitererrat folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Der Reichsarbeitererrat entsetzt dem russischen Proletariat seine brüderlichen Grüße. In voller Erkenntnis der Tatsache, daß die Niederlage Sowjetrußlands den Sieg der Konterrevolution

in ganz Europa zur Folge haben würde, fordert der Reichsarbeitererrat die Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgerät an Polen und Ungarn. Er fordert die gesamte Arbeiterklasse auf, auch den Schleichhandel mit Waffen und Kriegsgerät nach Polen und Ungarn zu bekämpfen und zu verhindern. In der Erwägung, daß Deutschösterreich gemäß dem Friedensvertrag binnen drei Monaten alles

Kriegsgerät an die Entente abliefern

soil, wird der Reichsvollzugsausschuß beauftragt, alle proletarischen Parteien in Frankreich, Großbritannien, Italien und Amerika auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß diese Mächte das abgeliessene Kriegsgerät

zum Kampf gegen Sowjetrußland

benutzen. Der Reichsarbeitererrat verlangt, daß die normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland so schnell wie möglich wiederhergestellt werden, daß die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen aus Sowjetrußland durch direkte Verhandlungen mit der Sowjetregierung beschleunigt wird, und er fordert die proletarischen Genossenschaften auf, ihre Bemühungen um die Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu Rußland mit größter Energie fortzusetzen. Er protestiert gegen

das Wüten der ungarischen Konterrevolution,

welche nicht nur die ungarischen Proletarier entsetzt und ermordet, sondern auch die Freiheit und den Frieden des arbeitenden Volkes in Deutschösterreich bedroht. Sobald die internationale Gewerkschaftszentrale den Boykott über Ungarn verbietet, ist er für alle Kraft durchzuführen. Der Reichsarbeitererrat fordert

die Bestätigung des Selbstbestimmungs-

rechts Deutschösterreichs und Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts Deutschösterreichs noch vor der Volksabstimmung das energische Eintreten der deutschösterreichischen Regierung zum Schutze aller Opfer der ungarischen Gegenrevolution in dem und durch den Friedensvertrag zugesprochenen Lande. Der Reichsarbeitererrat fordert, daß das Auslieferungsgesetz gegen die flüchtigen Revolutionäre aus

Ungarn und Bayern

abgewiesen und zugleich die noch internierten Revolutionäre auf freien Fuß gesetzt werden. Er protestiert gegen die Rüstungen der Konterrevolution in Deutschösterreich selbst und stellt fest, daß der reaktionäre Mangel unter passiver und aktiver Teilnahme christlichsozialer und deutschnationaler Landesregierungen Mitglieder in offenkundiger Verbindung, teils mit der ungarischen, teils mit der bayerischen Gegenrevolution, und in völliger Mißachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages geheimen organisieren und Bürger und Bauern gegen die organisierten Arbeiter bewaffnen. Der Reichsarbeitererrat stellt weiter fest, daß die Vertreter der kapitalistischen Bestmächte, welche gegen jede Arbeiterwehr als gegen eine Verletzung des Friedensvertrages protestieren, gegen die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Feuerschaft keinen Einwand erheben.

Diese Entschlüsse sprechen auch die Sorgen des reichsdeutschen Proletariats aus. Die deutschösterreichischen Arbeiter haben immer noch darauf, daß bei ihnen nicht die Zerstückelung der Arbeiterklasse und die Tollkühnheit halboberster Menschen zu einem neuen Militarismus geführt hat, der das Gegenteil der deutschösterreichischen Volkswehr ist.

Groß-Berlin

Die beiden Grenadiere.

Nach Sommern zogen zwei Grenadier,
Die waren im Westen entlassen,
Dort glühten sie beide vor Kampfbegier,
Sie wollten die Waffen nicht lassen.
Der eine sprach: „Das Vieh ist aus,
Ich möcht' es von vorn begreifen,
Doch hab' ich Weib und Kind zu Haus,
Die lassen mich nicht von Wien.“
„Was schert mich Weib, was schert mich Kind,
Ich hab' sie in jedem Städtchen,
Lag sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind,
Die Welt ist voller Mäddchen.
Ich hasse den Frieden, die Engherzigkeit,
Ich liebe das Räuberleben,
Paß auf, die Zeit ist nicht mehr weit,
Da wird es was Lustiges geben,
Da fährt der Kaiser, tath, tath,
Durch die Linden mit Bliden, mit grünen,
Da brüllt die Menge wieder hurra,
Da löst uns im Blute schwimmen.
La schlagen sie sich die Köpfe entzwei,
Da geht ganz Deutschland in Scherben,
Wir aber, am Schlag der Kugelrei,
Wir sind die lachenden Erben.“

Quellen.

Dunklen Taten auf der Spur.

In der Untersuchung der Familientragödie in Birzenwerber ist am gestrigen Mittwoch eine überraschende Wendung eingetreten. Während man bisher zu der Annahme neigte, daß Frau Reimer die Tat selbst verübt habe, haben sich gestern durch Zeugnisaussagen Verdachtsmomente ergeben, die den Ehemann schwer belasten. Es besteht der Verdacht, daß Reimer, entgegen seiner Aussage, wonach er die Nacht vom Sonntag zum Sonntag in seiner Wohnung verbracht habe, seine Familie nach Wienwörther begleitet, dort die Mordtat verübt hat und dann mit dem ersten Notenzug von Wienwörther nach Reindorf zurückgekehrt ist. Auf Grund dieser belastenden Aussagen wurde Reimer am gestrigen Mittwoch in seiner Wohnung von einem Verhaftet und wieder in das Amtsgericht Oranienburg überführt.

Zur weiteren Aufklärung des graufigen Mordes an dem Oberlehrer Dr. Hemberger wurden die ganze vergangene Nacht hindurch noch Zeugen vernommen. Auch die Eltern des flüchtigen Proze wurden gehört. Wo ihr Sohn jetzt ist, wissen sie nicht. Ohne daß sie es wüßten, ist er mit den abgetrennten Körperteilen des ermordeten Oberlehrers bei ihnen im Hause gewesen. Frau Demberger hatte schon angedeutet, daß Probe mit den Körperteilen, die jetzt noch fehlen, in der Richtung nach Reudorf gefahren sei. Die Kriminalpolizei hat nun festgestellt, daß er am Tage nach der Tat morgens um 6 Uhr mit einer Handtasche und einem Korb nach der Wohnung seiner Eltern gegangen ist. Es wird damit gerechnet, daß Probe die Körperteile vielleicht auf dem Mariendorfer Friedhof, vielleicht auch auf dem Tempelhofer Felde vergraben hat.

Der Wahlkampf.

Landarbeiter, wacht auf!

Wer hat die dringendsten Forderungen der Landarbeiter (Sicherung des Vereinigungsrechts, Arbeiterschutz, Regelung des Arbeits- und Dienstvertrages, rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern, Arbeiterschutz der Hausangestellten) im Parlament aus heftigste bekämpft?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Wer hat die Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern in der Unfallversicherung zu hindern gesucht?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Wer hat mit allen Mitteln angestrebt, die Anhebung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und Angestellten und ihre Unterbringung in menschenwürdigen Heim zu verhindern?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Wer war die treibende Kraft, wenn es galt, die Fürsorge für die Landarbeiter und Angestellten in Lohn- und Deputatfragen sowie die Versorgung der Landarbeiter mit Bekleidung zu vereiteln?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Landarbeiter, wacht auf! Landarbeiter, prüft! Nicht Versprechungen helfen Euch, sondern Taten. Wollt Ihr Eure Lage verbessern, dann geht alle zur Wahlurne!

Wählt die Liste der Sozialdemokratie!

Wer hungert die Städte aus?

Am Sonnabend, den 29. Mai, prangten an den Auslagstufen Berlins riesige Wahlplakate mit der über die ganze Breite in auffallend groß gedruckter Unterschrift: „Die pommerischen Landwirte.“ Der Inhalt der Plakate ist folgender: „Der preussische Landwirtschaftsminister hat durch willkürliche Eingriffe in das landwirtschaftliche Tarifwesen die Arbeit und behindert die Lebensmittelproduktion. Beweis: ...“

Und dann folgt in etwa 100 enggedruckten Zeilen der satirisch bekannte „Beweis“ der pommerischen Landwirte ... wie sie ihn auffassen. Das Ganze trägt die einleitende Überschrift (in ebenso großen Letzern wie die Unterschrift) die Frage: „Wer hungert die Städte aus?“

Es ist rasch, dies Wahlplakat nur aus etwa 3 Meter Entfernung zu lesen; man sieht dann immer noch oben die Frage: „Wer hungert die Städte aus?“ und unten die Antwort darauf: „Die pommerischen Landwirte.“

Jüglinge als Versammlungsprenger.

Versammlungsteilnehmer als Erziehungsnachhelfer.

In einer Wählerversammlung, die die Sozialdemokratische Partei gestern abend im Lichterfelder Realgymnasium abhielt, kam es zu einigen Vorfällen, die einer heiklen und schmerzlichen Natur nicht entbehren. In die überaus stark besuchte Versammlung versuchten, sehr ungeschickt als Arbeiter verkleidet, Jüglinge der ehemaligen Lichterfelder Kadettenanstalt einzudringen. Als den Sprengtrupp dieser Versuch mißlang, erhoben sie vor dem Saale ein so wohnsinniges Gekrüch, daß über den Wert ihrer bisherigen Erziehung keinerlei Zweifel mehr obwalten konnten. Als sie, da-

Der rätselhafte Leichenfund an der Liechtensteinbrücke hat jetzt seine Aufklärung gefunden.

Am Montag wurde dort, wie wir berichteten, aus dem Landwehrkanal die Leiche eines unbekannten Mannes gefischt, der die Augen verbunden hatte und um das rechte Bein, oberhalb des Kniegelenkes, eine Eisenkette trug. Die inzwischen gelangene Feststellung der Persönlichkeit des Toten hat die Annahme eines Selbstmordes bestätigt. Es handelt sich um den 27 Jahre alten, aus Reichen gebürtigen Arbeiter Karl Schick aus der Kirchstraße 76, der seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt hat.

Gymnasialer Sakentanzwimmel.

Der Sakentanzwimmel zieht in der Berliner Gymnasien seine Kreise. Die teutschen Gurra- und Hennesholz-Oberlehrer sind entsetzt ob dieses Beweises einwaches nationaler Einseitigkeit und pflegen das heilige Reichen anbedenklichen Wählens nach Kräften. Ganz besonders scheint das, wie man uns schreibt, im Luisenstädtischen Gymnasium der Fall zu sein, wo sich die Sakentanzerei zu einer Art Epidemie zu entwickeln scheint. Als das Kopf-Litwisch-Litwisch zur Verbreitung der Sakentanz freigegeben war, tauchten dort jene geheimnisvollen Reichen auf, von denen niemand weiß, was sie „eigentlich“ bedeuten. Zuerst klein und bescheiden auf Büchern und Heftböckeln, dann malte man sie auf Bänke und Tintenfässer. 21 Stunden später hatte man begriffen, daß an die Wände des Aborts und dergleichen Sakentanz geblieben. Kurze Zeit darauf leuchtete ein schönes weißes Kreuzkreuz von einer Platte. Inzwischen wurde auch die Größe der einzelnen Reichen gewaltig. Die ersten konnte man mit der Fingerspitze zudecken, das letzte, größte umfaßte mit seinen Flügeln eine Fläche von ungefähr einem Quadratmeter. Von der Wandtafel einer Klasse sprang dieses ungeheuer jedem Eintretenden förmlich in die Augen — d. h. jedem Eintretenden sofort er nicht Lehrer ist. Diese sahen nichts und sehen auch heute nichts, obwohl es überall von Sakentanz wimmelt. Uebrigens erstreckt sich diese Blindheit der Lehrer auch auf das bekannte schwarz-weiß-rote D. R. A. Abzeichen. Wer dazu Lust hat, mag es ungehindert tragen, ihn hört niemand. Warum sollte man auch?

Beil der ausschließliche Kultusminister eine Verordnung...? Aber bitte, was der Hon alles verfährt hat...

Da es aber niemand verwehrt werden kann, Apfelsinenorden und Abzeichen, gleich welcher Art, egal wo, und wäre es auf dem Bodenboden, zu tragen, so empfiehlt es sich, so gekrümmte Felder der eigenen Sicherheit nach Kräften preiszugeben. Eine schallende Nachhilfe beim Erscheinen eines schwarz-weiß-rot-behalten Kreuzens teutschen Jünglings wäre ein sehr probates Mittel, das bisher auch stets von Erfolg begleitet war.

Die Ausstellung von Wahlzettel.

Der Magistrat Charlottenburg teilt mit: Ueber die Ausstellung von Wahlzetteln zu den Reichstagswahlen sind in den letzten Tagen irrige Nachrichten durch die Presse gegangen. So heißt es in einer Nachricht, daß der Minister des Innern angeordnet habe, daß die Wählerlisten an die Wahlvorsteher erst am Sonnabend, den 3. Juni, überfandt werden sollen, damit

mit noch nicht zufrieden, mit Steinen werfen und wertvolle Scheiben zertrümmern, war es kein Wunder, daß sich die durch den Jörn verstärkten pädagogischen Bedürfnisse mehrerer Versammlungsteilnehmer an den Erziehungsbedürftigen sehr drastisch auswirkten — was um so ungerechter ist, als die Feigen von Nichts wegen denjenigen gebürt, die zu feig sind, um selbst in den Sprengtrichter zu steigen, und es vorgehen, Kinderjünger dazu zu mißbrauchen.

Wir hatten und wir haben...

In Ermangelung eigener Gedanken kopiert der rechtsparteiliche „Verl. Sozialzeiger“ unsern Ausruf von neulich, in dem dargestellt war, was wir hatten und was wir haben. Dabei leistet er sich folgendes:

Wir hatten und haben:
die zweitgrößte Handelsflotte, keine Ueberseehandelsflotte, seinen freien Außenhandel, seinen freien Binnenhandel, im eigenen Lande keine freien Verkehrsstraßen; die deutschen Städte sind internationalisiert, keine Basis, oder Schutzgebiete, dafür Sklaverei für die Entente im eigenen Lande, reiche Kolonialbesitz, keine Basis, oder Schutzgebiete, reiche Kohlen- und Erzlager, reiches Arealand, Erz- und Kohlenlager, Getreide- und Antriebslager zum großen Teil verloren oder fast im Besitz, sie zu verlieren, glänzende Finanzen bei mäßigen Steuern, Zehlbeträge in allen Reichsbetrieben und Zweigen trotz unheimlich hoher direkter und indirekter Steuern, bezaubernde Saluta, beinahe Verlosigkeit unserer Welt im Ausland,

In das Ende einer Gegenüberstellung, die solche Tatsachen enthält, magt die eifersüchtige Treue des schwerindustriellen Volkes die Aufforderung zu legen, man möge nur für „nationale“ Parteien stimmen. Also die Schuldgefallen, die an all dem die Schuld tragen, die soll man wählen!

Versammlung sämtlicher kaufmännischen Angestellten der S. S. D. In einer sehr gut besuchten Angestelltenversammlung in Oberlands Festhölle referierte die Genossin Weinberg und Karl Bauer vom Zentralverband der Angestellten über das Thema: „Die Angestellten und der neue Reichstag“. Beide Genossen beleuchteten in ihren Referaten die letzten Wirtschaftskämpfe, aus denen jeder nur einigermaßen klar denkende Angestellte erkennen dürfte, daß es für ihn nur eine Partei geben könne, welche seine Interessen vertritt, nämlich die Sozialdemokratie, der er am 6. Juni seine Stimme zu geben hätte. Den Frauen gegenüber empfahl die Genossin Weinberg, sich auch etwas mehr der Politik zu widmen und nicht immer das nachsprechen, was ihnen bürgerlich-reaktionäre Elemente mit demagogischen Täuschungen vormachen. In der sehr regen Diskussion sprach auch ein Ingenieur Jaeschke, der der jetzigen Regierung die bittersten Vorwürfe über die augenblicklich bestehenden Verhältnisse machte. Zum Schluß forderte dieser Herr die Anwesenden auf, nur eine Partei zu wählen, die die Landwirtschaft unterstützt. Genosse Frankel sowie Genosse Petersbart fertigten diesen merkwürdigen Herrn in gehäuselter Weise scharf ab. Nach einem anhängenden Schlußwort der Genossin Weinberg schloß unter Genosse Karl Kaack die Versammlung mit einem freundlichen allgemeinen Gruß auf die internationale Sozialdemokratie, welches bewies, daß viele der aus bürgerlichen Kreisen kommenden Anwesenden für die Sozialdemokratie gewonnen waren.

Wahlzettel noch bis Freitag, den 4. Juni einschließend, ausgestellt werden können. Ein solcher ministerieller Befehl ist nicht ergangen. Die Wahlvorsteher sind darauf angewiesen, die Wählerlisten mindestens drei Tage vor der Wahl in Händen zu haben. Das Wahlgesetz hat keinen Termin für den Schluß der Ausstellung von Wahlzetteln festgesetzt. Der Minister des Innern hat angeordnet, daß die Ausstellung von Wahlzetteln zulässig ist, solange dies technisch möglich ist, also die Wählerlisten noch nicht an die Wahlvorsteher übergeben sind. Außerdem wird der Magistrat Charlottenburg verstanden, Anträge auf Ausstellung eines Wahlzettels auch jetzt noch zu erlöben. Er kann aber eine Gewähr für rechtzeitige Ausstellung nicht übernehmen, da die Wählerlisten seit Mittwoch abend in den Händen der Wahlvorsteher sind. Anträge sind so schnell wie möglich an den Magistrat, Wahlamt, Rathaus, 8. Obergeschloß, zu richten.

Unterricht in der Gemeinschaftskunde.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Reussliner Stadtberechtigtenversammlung hat für die am 9. Juni stattfindende Sitzung folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtberechtigtenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, baldige Vorbereitungen zu treffen, daß alle vom Religionsunterricht betroffenen Kinder zum 1. Oktober 1920 gesondert eingeschult werden und dieser Kindern Unterricht in der Gemeinschaftskunde erteilt wird. Unterrichtsstunden in diesem Fache sind auf die Pflichtstundenzahl der Lehrpersonen in Anrechnung zu bringen.“

Und der technische Angestellten und Beamten. Mitglieder-Vorstand der Dittenermännern Volkshaus im Reichsamt Müllerpark am Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr. — Mitglieder-Vorstand der Ortsverwaltung Reudorf am Freitag, 7. Juni, im Restaurant „Pflanz“, Reudorfstraße 147.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 3. Juni:

21. Abtlg. 7 1/2 Uhr in der Schulaula, Christburger Str. 14, Mitgliederversammlung, Beschlussnahme zur Wahl.
Griechengarten, 7 1/2 Uhr im Restaurant „Lobbert“, Referat: Genosse Legationsschatz Dr. Boshin

Morgen 4. Juni:

1. Abtlg. 7 Uhr Zusammenkunft aller Bezirksleiter und Wahlleiter bei Schilowetz, Sophienstraße.
Wahlbureau der 1. Abteilung in Oberlands Festhölle, Neue Friedrichstr. 35, Amt Norden 4554.
23. Abtlg. 6 Uhr: Flugblattverbreitung von den Wahlbenachteiligten aus. Nachdem Sitzung sämtlicher Wahlbenachteiligten bei Hans Wam, Loggingstr. 41.
Gobendühnen. 7 1/2 Uhr Wählererversammlung in der Schulaula, Reudorfstraße. Ref.: Genossin Marie Juchacz.
Lichterfelde. Wählererversammlung 7 1/2 Uhr. Amt Oberlands Festhölle. Ref.: Bürgermeister Dr. Opomski. — Die Wahlbureau befindet sich am Wahltag bei Oberland, Wilhelmstr. 38. Post Zusammenkunft aller Wahlleiter 7 1/2 Uhr.
Friedrichfelde. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählererversammlung bei Oberland, Wilhelmstr. 38. Ref.: Max Krusitzer. — Das Wahlbureau befindet sich am Wahltag bei Oberland, Wilhelmstr. 38. Post Zusammenkunft aller Wahlleiter 7 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Amerikanische Kreditkontrolle. Die oberste Zentralbank in den Vereinigten Staaten hat durch ihre drastischen Maßnahmen sich viele Feinde in den Bankier- und Börsenkreisen des Landes zugezogen und durch die erhebliche Einschränkung des Zinsfußes manchen Spekulationen brotlos gemacht. Nach einer Meldung des New Yorker Sonderkorrespondenten der Telegraphen-Union sieht ein neues von dieser Bank eingebrachtes und bereits genehmigtes Gesetz nun auch vor, daß die amerikanischen Kreditinstitute von der obersten Zentralbank in ihrer Kreditgewährung nicht nur kontrolliert, sondern dies nötig sein sollte, auf rationeller Weise und mithin auf Gnade und Ungnade in ihren Dispositionen von dieser Zentralbehörde abhängen. Mit diesen in das amerikanische Finanzgebaren tief einschneidenden Maßnahmen soll laut Begründung des Gesetzes dem wilden Unternehmertum Einhalt getan werden, die vorhandenen Mittel dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zugänglich gemacht und die Produktionskraft Amerikas geboten werden.

Der Kampf um die neuen Rohstoffpreise. Der Rohstoffausfluß des Eisenwirtschaftsbundes beschäftigt sich mit der Frage der Rohstoffpreise für Juni. Auf Vorschlag des Rohstoffverbandes beschloß der Ausschuß, die Preise für Hämatitrohseisen (zurzeit 2550,50 M. die Tonne) und für kupferarmes Stabeisen um 185 M. die Tonne herabzusetzen. Die Preise für Eisenerzrohseisen, Siegerländer Stabeisen und Spiegeleisen zu belassen, jedoch einen etwa einwirkenden Aufpreiszuschlag in entsprechender Höhe dem Rohstoffpreis zuzuschlagen, was einer Preis-erhöhung für die letztgenannten Rohstoffsorten gleich käme. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums legte gegen den Beschluß, der gegen die Stimmen sämtlicher Vertreter der Erzeuger, Arbeiter, Händler, Verbraucher und Verbraucher abgelehnt wurde, Einspruch ein. Eine Preiserhöhung sei nicht etwa wegen eines Rückganges der Konjunktur, sondern mit Rücksicht auf das Ergebnis der vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommenen Nachprüfung der Selbstkosten und insbesondere deshalb erforderlich, weil durch das Steigen der Mark- und erhebliche Verbilligung der Schwedenerze und der Transportkosten für Schwedenerze eingetreten ist. Bis zu einer Verständigung über Entschädigung über den Einspruch dürfen die Rohstoffpreise für Juni nur vorbehaltlich der endgültigen Preisregelung in Rechnung gestellt werden.

Krisis an der Pariser Börse. Infolge Rückganges der hauptsächlichsten Spekulationspapiere macht, wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, die Pariser Börse gegenwärtig eine schwere Krise durch. Man beobachtet Zahlungsschwierigkeiten kleinerer Wertpapierhäuser. Der Wochenbericht des „Temps“ erklärt, daß die Börse gefährlich engagiert sei. — Auf die Meldung von den Verhandlungen Krassins in London macht sich neuerdings Interesse für russische Werte an der Pariser Börse bemerkbar.

Spezialisierung der Anketen. In der Generalversammlung der Deutschen Vereinigung, in welcher 18 Aktionäre 13.10 M. Kapital vertriehen, verlangte ein Vertreter der Anketen als Aktionär in Zukunft die Spezialisierung der Anketen und eine Gliederung der Anketen in Aufsichtsrat, Direktion und Beamte. Die Unstimmigkeit zwischen Bankleitung und Anketen sei dem Umstand zuzuschreiben, daß die Deutsche Vereinigung dem von Berlin abhängigen Kartell deutscher Bankleitungen angehöre, von dem sie sich freimachen solle. Die Verwaltung erklärte, sie wolle die Anketen im Auge behalten, könne aber eine bestimmte Zusage nicht machen.

Gewerkschaftsbewegung

Für sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an die Reichskanzlei, ans Reichsarbeitsministerium, ans Reichswirtschaftsministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 28. Mai ein eindringliches Schreiben gerichtet, worin er hinweist auf die sich in letzter Zeit ganz besonders mehrenden Kundgebungen gewerkschaftlicher Körperschaften, besonders von Ortsausschüssen des Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartellen) im ganzen Reich und besonders in Bayern, in denen gegen die immer unerträglich werdende Verteuerung der Lebensunterhaltskosten Verwahrung eingelegt wird. Diese Kundgebungen sind dem Bundesvorstand zum Zwecke der Weiterleitung an die zuständigen Stellen übermittle worden. Der Vorstand hat bisher davon abgesehen, jede einzelne dieser Kundgebungen weiterzugeben, hält es jedoch für seine Pflicht, die zuständigen Stellen auf die Lage aufmerksam zu machen. Wenn nicht unverzüglich ein sehr tatkräftiges und fühlbares Eingreifen erfolge, ständen schwere Erschütterungen unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens unmittelbar bevor. Es bestehe die große Gefahr, daß mit weiterer Verschärfung der Notlage oder auch nur mit weiterem Gehen- oder Geschehenlassen sich Elemente der Bewegung bemächtigen, bei denen es sich nicht um eine Beseitigung der Notlage der arbeitenden Bevölkerung, sondern um die Erreichung extremer politischer Ziele handelt. Hoffe aus allen diesen Kundgebungen spreche bis jetzt noch die Er-

kenntnis, daß mit weiteren Lohnerböhrungen eine dauernde und wirksame Abhilfe nicht zu erreichen sei, sondern daß diese nur erzielt werden könne durch sofortigen und scharfen Abbau der Preise. Gesetze dieser aber nicht unverzüglich, dann bestehe allerdings die Gefahr, daß die Verzweiflung sich in noch weiteren Lohnforderungen Luft mache, die in Anbetracht der großen Spannung zwischen tatsächlichen Einkommen und notwendigem Lebensbedarf eine bisher nicht dagewesene Höhe erreichen dürfte, die dann, auch wenn sie nur zum Teil bemittelt würden, die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse noch mehr erschweren dürfte, als es ohnehin schon der Fall ist. Aus diesen Gründen empfiehlt der Bundesvorstand diese Darlegungen einer eindringlichen Beachtung.

Entscheidungskampf im Feiseurgewerbe!

Die streikenden Feiseurgehilfen haben am gestrigen Mittwoch die Gewerkschaftskommission von Berlin als höchste Instanz der Arbeiterorganisationen von Berlin angerufen. Die Feiseurgehilfen von Groß-Berlin haben seit drei Wochen im Streik. Sie führen seit zwei Jahrzehnten den ersten Kampf, welcher durch das kurzzeitige Verbot der „Leitung“ des Interessentenverbandes der Feiseure Groß-Berlins den Feiseurgehilfen aufgezwungen worden ist.

Die Gewerkschaftskommission hat den Feiseurgehilfen weitestgehende Unterstützung zugesichert. Die Arbeitgeber und die Streikenden sind heute von der Gewerkschaftskommission zu einer Verhandlung eingeladen. Es liegt an den Arbeitgebern, ob es noch zu Verhandlungen kommt oder ob der Kampf im Feiseurgewerbe weitergeht und eine andere Wendung erfährt.

Die Sprechstunden des Arbeiterssekretariats der Gewerkschaftskommission

Berlins und Umgegend, Berlin SO., Engelsufer 14/15, sind wie folgt festgesetzt:

Montag, Mittwoch, Freitag . . . von 1—3 1/2 Uhr
Dienstag und Donnerstag . . . 1—6
Sonnabend . . . 11—12 1/2

In der letzten Veröffentlichung war infolgedessen ein Versehen enthalten, als anstatt „Sprechstunden des Arbeiterssekretariats“ Sprechstunden der Gewerkschaftskommission stand. Der Ausschluß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, J. A.: Vollmerstraße.

Differenzen in der Auslegung des Schiedsspruchs für den Einzelhandel.

Der kürzlich für die Angestellten in den Warenhäusern und Einzelhandelsbetrieben gefällte Schiedsspruch hat in seiner Anwendung und Auslegung Differenzen gezeigt, über die Publicity am Mittwoch in einer Versammlung der Angestellten berichtet. Nach dem Schiedsspruch ist vom 20. Lebensjahre an mit jedem weiteren Beschäftigungsjahre eine Gehaltszulage zu zahlen. Die Unternehmer wollen aber, wenn ein Angestellter aus einer unteren in eine höhere Gehaltsstufe aufrückt, nicht die volle Zahl der in der unteren Klasse zugebrachten Dienstjahre anrechnen. Die Angestellten beharren natürlich darauf, daß sie für jedes Jahr die tarifmäßige Zulage erhalten. Auch wegen der Eingruppierung in die Gehaltsklassen, wofür die Art der Arbeit maßgebend ist, bestehen Meinungsverschiedenheiten. Im Gegensatz zu den Angestellten wollen die Unternehmer Provision und Lantieme, die sonst neben dem Gehalt gezahlt wurden, jetzt in das tarifliche Gehalt einrechnen. Ueber den Modus, nach dem die Ferien festzusetzen sind, ist auch noch keine Verständigung erzielt. Alle diese Differenzpunkte sollen dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung unterbreitet werden.

Die bereits früher vom Zentralverband veröffentlichten Angaben über Massenliquidationen in Warenhäusern hielt der Redner aufrecht. Es könne sein, daß die Verdrängung einer Firma infolgedessen zutrifft, daß die Zahl der Gefährdeten etwas niedriger sein möge, als in der Veröffentlichung angegeben. Die Tatsache, daß Massenliquidationen erfolgt seien, bleibe bestehen. Den Gefährdeten sei zu raten, Einspruch beim Betriebsrat einzulegen, der dann das weitere veranlassen werde.

Kostmals Schindlacher Uferbahn. Auf die vom Betriebsleiter der Schindlacher Uferbahn an uns gerichtete Anfrage erhalten wir erneut eine Antwort aus Angestelltenkreisen, der wir folgendes entnehmen: Das vom Betriebsleiter, Herrn Salzmann, an Sie gerichtete Schreiben war mir bekannt. Ich konnte aber nicht glauben, daß die beiden Betriebsräte ihre Unterschrift hergeben würden, nachdem sie sich vom Vorkaufsstellen der Verhütung geholt hatten, daß Herr Salzmann in der Tat diese Aufstellung gemacht hat. Auf diese Weise wird es den Angestellten sicher nicht leicht gemacht, ihre Rechte wahrzunehmen. Das beweist die Tatsache, daß Herr Salzmann den Angestellten, nachdem er am Pfingstsonntag 150 M. Vorkauf gezahlt, davon schon am 1. Juni 50 M. in Abzug gebracht hat. Infolgedessen Vorkauf auf höhere Höhe annehmen wurde. Was sollen nun Familienväter mit 300 M. für 14 Tage auskommen? Andererseits kann ich den Berliner Ausschüssen, die zu Tausenden des Sonntags hierher strömen, bekanntgeben, daß vom Sonntag, den 13. d. M., der Fahrpreis abermals um 20 Pf., also auf 1,20 M., erhöht wird.

Ein Betriebsrätekongress der freien Gewerkschaften für das ober-schlesische Industriegebiet

tagte am Sonntag in Katowitz. Der Kongress hatte sich notwendig gemacht, weil auch in Oberschlesien infundamentale Elemente versuchen, die Betriebsräte zu ihren politischen Zwecken zu miß-

brauchen. Nach einem Referat des Abgeordneten des Preussischen Landestages, Genossen Richard W. Schmidt, das vom Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Genossen Franz, erging, wurde, sowie nach lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution gegen nur wenige Stimmen angenommen:

Der am 30. Mai in Katowitz tagende Betriebsrätekongress der freien Gewerkschaften fordert von seinen Mitgliedern, daß sie das Betriebsrätegesetz trotz seiner Unvollkommenheit als Grundlage betrachten, um die Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb und in der Wirtschaft zu sichern und zu festigen. Den Bestrebungen der Unternehmer gegenüber, das Gesetz zu sabotieren, ist seitens der Gewerkschaften der allerjüngste Widerstand entgegenzusetzen. Wir fordern gleichberechtigtes und entscheidendes Mitbestimmungsrecht in den Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern, Art und Umfang der Produktion, Kontrollrecht über Einkauf, Verkauf und Preisfestlegung. Die Tätigkeit des Betriebsrats ist im engeren Zusammenhang mit den Gewerkschaften auszuüben. Der Betriebsrätekongress betrachtet die Gewerkschaften nach wie vor als die berufene wirtschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer und beurteilt das arbeitsschädigende Treiben der Kreise, die durch Sonderbündel die Betriebsräte von ihren wirklichen Aufgaben ablenken. Die Gewerkschaften dienen zur Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung und müssen im Sozialisierungsprozeß mitwirken.

Verbindlicher Tarifvertrag in der Verbandsmittelbranche.

Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, und dem Arbeitgeberverband der Verbandsmittelhersteller abgeschlossene, vom 1. Februar 1920 an gültige Tarifvertrag ist an Stelle des allgemein verbindlichen Tarifvertrages vom 12. August 1919 für das Gebiet des Zweigverbandes Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Februar 1920 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Deutscher Werkmittel-Verband, Nachgruppe 11 b. Schokoladen, Schokolade, Karamelle- und Konfektfabrikation: Heute abend um 7 Uhr bei Brauburg, Straauer Straße Nr. 3 — Nachgruppe 34. Heimmechanik, Optik, Jurologie und Dreharbeiten: Freitag, den 4. Juni, nachm. 6 Uhr: Versammlung in Haberlands Juchsen, Luisenpark, Neue Friedrichstraße 35.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Erich Kattner, Kottbuscher Str. 10, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Vertrieb: J. A.: Vollmerstraße.

Gewinn-Ausgang

15. Preuß.-Stätt. (241. Preuß.) Klassen-Versteigerung

4. Klasse. 21. Ziehungslos. 2. Juni 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Zwei Gewinne). (Nachdruck verboten.)
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 50.000 M 84338	2 Gewinne zu 15.000 M 14492
2 Gewinne zu 10.000 M 21718	2 Gewinne zu 5000 M 37849 42461 120031 151701 157805 221210
2 Gewinne zu 2000 M 52849 42461 120031 151701 157805 221210	84 Gewinne zu 8000 M 748 8513 8439 82573 20050 31473 94960 97226 108117
49983 49981 80111 80374 72806 77478 80259 84687 151139 187350 180013	114052 117383 122930 121928 148883 147886 151139 187350 180013
184707 193873 205052 204252 204687 207933 211440 215192 212005	224908 225899 226542 227968 228590 233005
150 Gewinne zu 1000 M 1469 2407 2408 6882 8483 8778 12522	14289 21310 22417 23785 42527 40799 50045 52897 62320 62843 64517 65270
72320 74825 76994 78123 85024 82237 83570 89098 97137 98264 100003	103042 104674 105997 106989 108708 111758 118082 124133 124204
122222 127866 128320 131129 131230 133362 133602 141836 152272	157787 158789 161467 165540 168009 174674 181018 187387 184789
186223 187485 191254 193000 191795 193499 198796 193078 194637	198373 199276 202841 203392 203887 207281 203012 203031 224333
225720 226244 226819 227255 230433	210 Gewinne zu 500 M 2883 4561 8580 9714 11660 12017 12714
13338 14009 17229 19423 21410 26008 26799 28840 29261 29212 37576	40754 44300 44621 47934 50815 52071 57761 58293 61898 62805 69073
71352 71017 74773 87472 88887 92754 90526 94704 99233 97144 99171	101248 100344 110092 112524 112584 112489 114218 118271 115511
118645 118235 118451 122980 126466 128227 129823 127029 121420	135891 136787 138163 139591 150202 142288 150228 151221 151695 151213
140081 150603 150286 151978 157003 157288 157288 157288 157288 157288	158969 159760 171213 174268 178887 177373 179037 184846 184733
189364 193790 208229 208113 209261 210226 212613 215241 217014	222711 226474 226599 229088 229813 230287 231098 233331 230721

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

4 Gewinne zu 10.000 M 161174 229760	6 Gewinne zu 5000 M 66107 108497 109734
93 Gewinne zu 3000 M 739 7813 8034 8404 12224 20270 20370	26219 26785 41027 44023 47229 49554 52956 56003 56963 57335 70512
80583 80503 82333 82623 82823 107818 103141 112173 120647 141183	149323 149280 149933 143719 152230 151388 172943 176825 180394
182725 191012 190320 201201 200042 212091 214489 214620 214749 217022	158991 158787 158163 159591 150202 142288 150228 151221 151695 151213
140081 150603 150286 151978 157003 157288 157288 157288 157288 157288	158969 159760 171213 174268 178887 177373 179037 184846 184733
189364 193790 208229 208113 209261 210226 212613 215241 217014	222711 226474 226599 229088 229813 230287 231098 233331 230721
172 Gewinne zu 500 M 2883 4561 11750 16126 15483 18741 20294	22490 22589 22654 22796 22859 23300 23300 23300 23300 23300 23300
67580 68529 61346 62633 64170 67264 67061 81290 82193 82881 83200	82548 85413 88449 92091 92714 100681 109451 104894 104946 105287
109518 107185 107451 103173 112590 113190 112584 112584 112584 112584	117223 123373 121817 124834 125761 128416 147226 147200 150113
157680 160261 165509 163222 172071 173294 178101 171219 181218	197884 187294 187085 192829 197407 205994 207049 217292 209015
205501 211247 214226 228224 229229 224441 229901 237041 230256 230189	

Möbel

und kompl. Wohnungseinrichtungen
**Herren- u. Speisezimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Hervorragend schön und preiswert
in allen Preislagen u. Stärken**
Klubsessel und Sofas
in Gobelin und Leder
Spez.-Abteilung f. Vermietung
kompletter Einrichtungen, daher
stets viele Gelegenheitskäufe
Kostenlose Lagerung für beliebige Zeit.
M. Markiewicz
O.m.b.H., Berlin W 30, Markgrafstr. 41

Verkäufe

Goldschmiederei bessere Anlage, auch Werkstätten, 1000
Reinigungs- u. Waschanlagen für alle Arten von Textilien, 1000
Spezialmaschinen, Schweiß- u. Schneidmaschinen, 1000
Saddelmacherei, 1000
Werkzeugmaschinen, 1000
Werkzeugmaschinen, 1000
Werkzeugmaschinen, 1000

Wieners, Tischler, Bar...

Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...

Unterricht

Unterricht
Unterricht
Unterricht
Unterricht
Unterricht

Zähne

Zähne
Zähne
Zähne
Zähne
Zähne

Werkzeugmaschinen

Werkzeugmaschinen
Werkzeugmaschinen
Werkzeugmaschinen
Werkzeugmaschinen
Werkzeugmaschinen

Wieners, Tischler, Bar...

Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...
Wieners, Tischler, Bar...

Unterricht

Unterricht
Unterricht
Unterricht
Unterricht
Unterricht